

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Andreas Jäckel

Abg. Kerstin Celina

Abg. Susann Enders

Abg. Andreas Winhart

Abg. Julika Sandt

Abg. Norbert Dünkel

Abg. Johannes Becher

Abg. Margit Wild

Abg. Thomas Huber

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion**

**"10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention: Inklusion und Barrierefreiheit in Bayern endlich tatkräftig umsetzen!"**

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen und Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Als erster Rednerin der Debatte erteile ich der Kollegin Ruth Waldmann das Wort.

**Ruth Waldmann (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt bald einen Jahrestag: Vor zehn Jahren, am 26. März 2009, ist die UN-Behindertenrechtskonvention auch in Deutschland in Kraft getreten. Sie ist das erste große Menschenrechtsdokument des 21. Jahrhunderts und verfügt über 50 Artikel sowie ein Zusatzprotokoll. Es handelt sich um die Konvention, die am schnellsten verhandelt wurde und die am schnellsten die meiste Zustimmung erhalten hat. Nach dem Grundsatz "Nichts über uns ohne uns" kann man feststellen, dass es keinen Prozess gibt, in den die Zivilgesellschaft so stark eingebunden war wie in die Verhandlungen über diese Konvention.

Das Leben von Menschen mit Behinderung war und ist teilweise noch zu sehr von Fremdbestimmung geprägt. Wir hatten lange eine eher entmündigende Fürsorge. Mit diesem Dokument haben wir uns endlich vom medizinischen Modell und vom medizinischen Verständnis von Behinderung verabschiedet. Es geht nicht mehr um das individuelle Defizit, sondern es geht um ein soziales Modell. Die Menschen mit Behinderung sind nicht als Patienten zu sehen, sondern als Bürgerinnen und Bürger. Sie sind keine Problemfälle, sondern sie sind Trägerinnen und Träger von Rechten. Sie haben sicher schon den Satz gehört: Behindert ist man nicht, behindert wird man. Ja, diese

Menschen werden vom Objekt zum Subjekt. Sie werden zu selbst handelnden Personen in diesem Umfeld. Wir halten es deshalb für dringend notwendig, dass wir uns in Bayern darüber ein bisschen grundsätzlicher unterhalten.

Als ich vor fünf Jahren das erste Mal einer Regierungserklärung in diesem Hohen Hause lauschen durfte, haben wir vom damaligen Ministerpräsidenten Seehofer die Zukunftsvision gehört, dass Bayern in zehn Jahren im gesamten öffentlichen Raum und im gesamten Öffentlichen Personennahverkehr barrierefrei sein würde. Dieses Versprechen ist auch wiederholt und bis heute nicht zurückgenommen worden. Ich muss sagen: Ein Bayern, das wirklich für alle zugänglich ist, ist in meinen Augen eine mutigere, beeindruckendere und auch modernere Zukunftsvision, als ein bayerisches Raumfahrtprogramm zu starten.

Sie wissen, dass die Barrierefreiheit für 10 % unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger absolut unerlässlich ist. Für weitere 30 % ist sie dringend notwendig. Für 100 % der Bevölkerung ist sie bequem und komfortabel. Sie wissen, dass etwa 70 % der Behinderungen nicht angeboren sind, sondern im Laufe des Lebens erworben werden, zum Beispiel durch eine Krankheit. Uns alle wird das in unterschiedlichem Ausmaß früher oder später auch treffen, wenn wir älter werden, wenn wir schlechter hören, sehen und uns schlechter bewegen können, wenn wir leichter stolpern. Das ist also wirklich kein Randthema, kein Nischenthema, sondern betrifft unsere Gesellschaft ganz zentral.

Nun frage ich mich: Was macht die Staatsregierung jetzt? Arbeitet man jetzt mit aller Kraft, mit der großen, immer wieder zur Schau gestellten Kraft dieser Staatsregierung an der Umsetzung der Barrierefreiheit in Bayern? – Das kann ich leider nicht erkennen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben einen Aktionsplan, in dem aber nur Dinge stehen, die ohnehin schon gemacht werden. Wir haben in der Regierungserklärung des derzeitigen Ministerpräsidenten kein Wort darüber gehört, ob er sich nach wie vor zu diesem Versprechen, zu

diesem Ziel bekennt. Wir haben keinen Aktionsplan mit überprüfbaren Maßnahmen, die demnächst ergriffen werden sollen, mit Zwischenzielen, an denen entlang man arbeiten kann.

Es geht uns nicht darum – es bleiben ja noch vier Jahre –, dass es noch einzelne Bereiche geben könnte, in denen noch nicht alles geregelt ist. Wenn wir aber erkennen können, dass mit aller Kraft daran gearbeitet wird, dann soll uns das recht sein. Dem ist aber leider nicht so.

Wir haben deswegen auch ein Antragspaket eingereicht. Wir wollen erst einmal eine Bestandsaufnahme, eine Expertenanhörung haben zur Frage: Wie ist der Stand der Umsetzung in Bayern? Dann haben wir uns einige der wichtigsten Felder herausgegriffen, die wirklich lebensnotwendig sind.

Die Barrierefreiheit in Arztpraxen: Je nach Fachrichtung sind nur zwischen 15 % und 38 % der Praxisräume niedergelassener Ärzte rollstuhlgerecht. Zwischen 2 % und 9 % dieser Ärzte verfügen über einen behindertengerechten Parkplatz und nur zwischen 1 % und 7 % über ein barrierefreies WC. – Sie sehen, dass hier noch eine ganze Menge zu tun ist. Außerdem brauchen wir auch überprüfbare, transparente Kriterien, damit die Menschen mit Behinderung wissen und sich darauf verlassen können: Dort kann ich hingehen und mich selbstständig bewegen.

Das Gleiche gilt für die Krankenhäuser, bei denen auch noch nicht alles geregelt ist.

Wir brauchen auch dringend barrierefreie öffentliche Toiletten; das ist klar. Man kann sich im öffentlichen Raum nicht bewegen, wenn man sich nicht sicher sein kann, dass man dann, wenn man zwischendrin einmal "muss", das dann auch kann.

Das sind die ganz wichtigen Punkte. – Auch im Hinblick auf die Bayerische Bauordnung ist es momentan hauptsächlich Verhandlungssache, ob die Vorschriften eingehalten werden. Diesbezüglich fordern wir dringend Maßnahmen.

Wir kommen nachher auch noch zu dem wichtigen Themenbereich "Inklusion in Bayerns Schulen und in der Erziehung"; dazu wird meine Kollegin Wild einiges sagen.

Also: Bitte krempeln Sie die Ärmel hoch! Machen Sie die Barrierefreiheit zur Chefsache! Die Menschen in Bayern haben das verdient.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner ist Andreas Jäckel von der CSU.

**Andreas Jäckel (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es sehr gut, dass wir heute in der Aktuellen Stunde das Thema "10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention" haben. Meine Damen und Herren, heute ist auch der Welt-Down-Syndrom-Tag, und damit passt das noch ein zweites Mal. Es ist vor allem auch deswegen wichtig, dass wir uns hier dem Thema Inklusion und Behindertenrechtskonvention widmen, weil es zum Teil wieder eine Rolle rückwärts geben soll – zumindest wird das immer wieder in einigen Meldungen deutlich.

Bayern bekennt sich klar zur Inklusion. Unser Ziel ist die Teilhabe in allen Bereichen: Wohnen, Arbeiten und Freizeit; das haben wir als CSU immer wieder deutlich gemacht. Meine Damen und Herren, die UN-Behindertenrechtskonvention gibt dabei die Richtung vor. Unser Ziel ist die Teilhabe in allen Bereichen. Dies zeigt sich bei der Konvention in Artikel 5, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung behinderter Menschen, in den Artikeln 9, 21 und 30, Barrierefreiheit in allen Bereichen, in Artikel 19, Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft, in Artikel 24, Recht auf Zugang zu Bildung, und in Artikel 27, Recht auf Zugang zur Arbeitswelt.

Die Bayerische Staatsregierung hat auf diese UN-Behindertenrechtskonvention hin den Aktionsplan "Schwerpunkte der bayerischen Politik für Menschen mit Behinderung" verabschiedet. Dieser Aktionsplan war Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses – auch hier im Landtag –, vor allem mit den Menschen mit Behinderung,

getreu dem Motto: "Nichts über uns ohne uns!" Dieser Aktionsplan wird selbstverständlich auch fortgeschrieben. Wir sind auf einem guten Weg, aber es muss an dieser Stelle auch gesagt werden, meine Damen und Herren: Wir haben noch gut Luft nach oben.

Wir verfolgen das Ziel aber nicht ideologisch, sondern mit dem Blick auf die Lebensrealität der Menschen. Dies bedeutet konkret auch: Wir opfern keine bewährten Strukturen, die im Einzelfall eine gute und wichtige Unterstützung leisten können, ohne eine vollwertige Alternative zu haben. Deswegen stehen wir zu den Förderschulen und zu den Werkstätten für behinderte Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf gute Förderung. Wir haben aber nichts davon, wenn wir die Förderschulen einfach abschaffen, es an den Regelschulen aber dann nicht sofort funktioniert und die Kinder im Ergebnis schlechter gefördert werden und schlechtere Chancen haben. Ein Negativbeispiel dafür war die Abschaffung der Förderschulen in Nordrhein-Westfalen. Das wollen wir nicht, und das wollen – wie wir nach Rücksprache mit vielen Menschen mit Behinderung wissen – auch die meisten Menschen mit Behinderung nicht.

Das heißt aber nicht, dass man bei alten Zöpfen bleiben muss. Deswegen ist es gut und richtig, dass sich Förderschulen und Werkstätten auch in die andere Richtung öffnen – ich denke, die Zukunft ist das Vernetzte – und Menschen ohne Behinderung aufnehmen. Es gibt Beispiele, bei denen bereits heute die Aufnahmeanträge von Schülern ohne Behinderung mehr sind als die dafür vorgesehenen Plätze.

Ich denke, es ist eine Aufgabe, Inklusion passieren zu lassen. Allerdings passiert sie nicht von allein, und es ist wichtig, dass sich die Politik auch hier der Sache unterstützend annimmt.

Meine Damen und Herren, wir haben uns auf Bundesebene für ein Bundesteilhabege-  
setz stark gemacht. Ich will das hier gar nicht im Detail ausführen, aber das Thema  
Bundesteilhabege-  
setz ist ein sehr wichtiger Baustein, der zum Beispiel Zuständigkei-  
ten bündelt. Wir haben hier in Bayern das Budget für Arbeit um 20 % höher angesetzt,  
um die Beschäftigung für Menschen mit Behinderung besser zu fördern. Außerdem  
läuft jetzt der Beteiligungsprozess zum Bayerischen Teilhabegesetz II. Auch hier ist  
wichtig, dass wir mit den Betroffenen sprechen, getreu dem Motto: "Nichts über uns  
ohne uns!"

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, unter dem Stichwort "Bayern barrierefrei" wurden in den  
Jahren 2015 bis 2018 mehr als 400 Millionen Euro investiert, und es ist eben eine Zu-  
kunftsaufgabe; dies hat die Kollegin bereits angesprochen. Ich möchte an dieser Stelle  
aber auch an diejenigen, auf die wir keinen direkten Zugriff haben, appellieren, Barrie-  
refreiheit mitzudenken und umzusetzen. Die Staatsregierung unterstützt das mit dem  
umfassenden Internetportal zur Barrierefreiheit. Darüber hinaus gibt es an 18 Standor-  
ten die Beratungsstellen Barrierefreiheit.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, Sie müssten bitte ein wenig auf die Zeit ach-  
ten.

**Andreas Jäckel (CSU):** Ja. Langer Rede kurzer Sinn: Wir als Politiker können zur Be-  
wusstseinsbildung beitragen. Dazu gehört auch das Wahlrecht. Das wird aktuell auf  
Bundesebene – und ich gehe davon aus, auch auf bayerischer Ebene – aufgegriffen.

Lassen Sie mich damit schließen: Für Menschen, die beispielsweise für eine Ver-  
sammlung sorgen sollen, die behindertengerecht ist, ist es manchmal kompliziert – –

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, ich muss Sie daran erinnern: fünf Minuten Re-  
dezeit.

(Margit Wild (SPD): Bald eine Minute mehr!)

– Genau. – Sie müssen zum Schluss kommen.

**Andreas Jäckel (CSU):** Ja. – Ich kann nur sagen, es ist aller Mühe wert, das Thema Inklusion weiterhin voranzutreiben.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Celina von den GRÜNEN.

**Kerstin Celina (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor zehn Jahren trat die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft, die bei uns in Bayern verbindlich umzusetzen ist – zehn Jahre, die Sie von der Regierung viel besser hätten nutzen können, um eine inklusive, eine barrierefreie, eine behindertenfreundliche Gesellschaft, eine Gesellschaft für alle aufzubauen;

(Beifall bei den GRÜNEN)

eine Gesellschaft, in der es den Menschen leichter gemacht wird, selbstständig Entscheidungen zu treffen und selbstständig zu sein – eben eine inklusive Gesellschaft. Um das umzusetzen, bräuchten wir ein entsprechendes Leitbild, mutige, klare und richtungweisende Entscheidungen und natürlich bayerisches Geld, das gezielt für Inklusion ausgegeben wird. An allem mangelt es. Inklusion ist aber nicht zum Nulltarif zu haben.

In der vorletzten Legislaturperiode hat Bayern einen Aktionsplan zur Inklusion beschlossen, und nach der Landtagswahl 2013 kündigte der damalige Ministerpräsident Seehofer darauf aufbauend seine Vision vom barrierefreien Bayern an. Unter dem Namen "Bayern barrierefrei 2023" sollte der gesamte öffentliche Raum in Bayern barrierefrei umgestaltet werden. Der letzte Finanzminister namens Söder hat dann die Vision mit dem angekündigten Programm zurechtgestutzt, und von dem groß angekündigten Regierungsprogramm blieben nur die Umverteilung von Bundesmitteln von oben nach unten, ein bisschen etwas für die Architektenkammer und viele bunte Pla-



ketten zur Barrierefreiheit auf allen möglichen Gebäuden in Bayern. Ansonsten durften die Ministerien in ihrem eigenen Haushalt einsparen, wenn sie Barrierefreiheit im öffentlichen Raum umsetzen wollten.

Sie hätten aber die Chance gehabt, den Aktionsplan im Rahmen von "Bayern barrierefrei 2023" gemeinsam mit den Betroffenen weiterzuentwickeln, und dort, lieber Herr Jäckel, widerspreche ich Ihnen. Genau dies ist eben nicht passiert: es gemeinsam mit den Betroffenen weiterzuentwickeln. Stattdessen blieb beides im Ansatz stecken. Was den Aktionsplan "Bayern barrierefrei 2023" betrifft: Die Inklusionspolitik bestand doch in der letzten Legislaturperiode vor allem darin, dass die damalige Sozialministerin publikumswirksam bunte Plaketten mit dem Signet "Bayern barrierefrei" überall da anbrachte, wo sich Menschen Gedanken gemacht haben, wie sie ein Stück Barrierefreiheit umsetzen können. Aber wo blieb denn der Blick der Staatsregierung auf das Ganze? Wann nehmen Sie endlich einmal eine Novellierung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes vor?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie Inklusion ernsthaft umsetzen wollen, dann müssen Sie doch den permanenten Dialog mit den Betroffenen suchen. Dann müssen Sie die bisherige Wirkung der eingeleiteten Maßnahmen überprüfen und offen dafür sein, neue Problemfelder aufzudecken und die Probleme zu lösen. Stattdessen schieben Sie den Kommunen die Verantwortung für den barrierefreien Umbau von Gebäuden zu. Was den öffentlichen Nah- und Fernverkehr betrifft, so verweisen Sie auf andere Zuständigkeiten. Bei unseren Anträgen, beispielsweise für mehr Sicherheit für gehörlose Menschen im öffentlichen Verkehrsraum, waren Sie nicht bereit, ein Modellprojekt mit umzusetzen. Gehörlosengeld haben Sie abgelehnt. Menschen mit psychischen Erkrankungen haben Sie in der letzten Legislaturperiode durch den Ersten Entwurf des Unterbringungsteils im Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz in Angst und Panik versetzt, und eine Wahlrechtsreform, über die wir nachher noch sprechen werden, haben Sie vor zwei Jahren abge-

lehnt. Dafür hat Ihnen das Bundesverfassungsgericht jetzt zu Recht die Quittung präsentiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und genau da, wo Sie Inklusion lenken, leiten, gestalten und finanzieren sollten, kommt von Ihnen nichts – nichts im Haushalt und nichts an Inhalten. Es kommt nichts in den Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten dazu; und von dem bisschen, das im Koalitionsvertrag dazu steht, ist bisher nichts angegangen worden. Ihre bisherige Strategie zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention lässt sich einfach zusammenfassen: Ministerpräsident Seehofer hat viel versprochen und wenig gehalten, Ministerpräsident Söder verspricht nicht einmal etwas und teilt Geschenke mit der Gießkanne anderswo aus, sodass für konkrete bayerische Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kein Spielraum bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit muss jetzt, im Jahre zehn der UN-Behindertenrechtskonvention, endlich Schluss sein. Wir brauchen eine verbindliche, konkrete Politik für Inklusion. Nutzen Sie doch jetzt die Aktuelle Stunde und sagen Sie konkret, wo Sie Ihre Zuständigkeit bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sehen, wie viel bayerisches Geld Sie investieren, um die UN-Behindertenrechtskonvention endlich umzusetzen, und wo Sie am Ende dieser Legislaturperiode konkret bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention stehen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin Celina, vielen Dank. Sie haben die Redezeit perfekt eingehalten. Anscheinend gibt es immer wieder Missverständnisse. Für alle, die vielleicht neu sind und ihre erste Rede halten: Die große Anzeige vorn ist die richtige. Ich wollte noch einmal darauf hinweisen, damit man es genau sieht. Also nicht die Anzeige am Rednerpult, sondern die große Anzeige auf Höhe des Platzes von Herrn

Reiß ist maßgebend. – Als Nächste hat Kollegin Susann Enders von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

**Susann Enders (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Zehn Jahre UN-Behindertenrechtskonvention: Wenn ein Kind seinen zehnten Geburtstag feiert, dann ist es nicht mehr ganz klein, aber auch noch lange nicht ausgewachsen. Ich glaube, dieser Vergleich zur UN-Behindertenrechtskonvention drängt sich uns nahezu auf. Ein jahrzehntelanger Kampf um Inklusion, Barrierefreiheit und Teilhabe aller am öffentlichen Leben liegt hinter uns. Seit zehn Jahren haben wir nun endlich durch die UN-Behindertenrechtskonvention auch eine rechtliche Grundlage für diesen Kampf.

Ich sehe diese besondere gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht darin, dass wir für die Menschen mit Behinderungen agieren. Nach zehn Jahren müssen wir endlich zu dem Punkt kommen, dass wir gemeinsam dafür sorgen, ein Bayern für uns alle zu gestalten. Wir sind auf einem guten Weg. Eine Struktur von gemeindlichen Behindertenbeauftragten bis hin zum Behindertenbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung sorgt für Ansprechpartner auf allen Ebenen, auch wenn der Zugang zur Fachstelle für mein eigenes, persönliches Problem oft unübersichtlich über viele Adressen verteilt ist.

(Horst Arnold (SPD): Ja, ja!)

Aber es ist unsere politische Aufgabe, auch dort für eine zentrale Fachstelle als Leuchtturm und kompetenten Verteiler zu sorgen.

Städtebauförderprogramme waren ein erster Schritt für die Finanzierung der "Barrierefrei"-Projekte vor Ort, und die aktive Öffentlichkeitsarbeit von Politik und Behindertenvertretungen hat uns jetzt gezeigt, dass es bereits erste Früchte trägt, wenn man so massiv an die Öffentlichkeit tritt.

Das Thema ist aber noch lange nicht in allen Köpfen angekommen. Die Umsetzung geht zögerlich voran, die Finanzierung ist oft noch ein Problem, und die Tatsache,

dass gut gemeint noch lange nicht gut ist, sollte endlich in den Köpfen aller Entscheider angekommen sein.

(Beifall der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

Barrierefreiheit – was verstehen wir darunter? Ich spreche hierbei von unüberwindbaren Schwellen, von fehlenden Rampen oder nicht vorhandenen barrierefreien Toilettenanlagen, von Arztpraxen und Gaststätten, die nicht barrierefrei zugänglich sind, von Elektroautos, die für blinde Menschen nicht als Gefahr zu hören sind, von Gesetzen und Verordnungen, die für Menschen mit Lernbehinderung nicht zu verstehen sind, von Wegweisern und Stadtplänen, die mangels Piktogrammen für Menschen mit Migrationshintergrund oder Analphabeten nicht zu lesen sind. Ich spreche von Menschen mit psychischen Erkrankungen, denen der Einstieg ins Arbeitsleben immer noch erschwert wird; ich spreche von Schülern mit Behinderung, die gern am Unterricht in einer Regelklasse teilnehmen würden, wenn denn genügend Lehrer vorhanden wären, um diesen erhöhten Betreuungsaufwand auch zu leisten. Genauso spreche ich von Blinden, die mit technischen Hilfsmitteln ohne eine weitere Unterstützungsperson gern allein ihr Kreuz auf dem Wahlzettel machen würden – es geht alles in der heutigen Zeit der Technik.

Genauso spreche ich aber auch von Duftstoffen und chemischen Zusätzen in der Raumluft in Hotels, Krankenhäusern, Schulen, Geschäften und öffentlichen Toiletten, die nicht nur unser Kaufverhalten manipulieren oder eine nicht vorhandene Sauberkeit suggerieren; nein, deren mangelnde Deklarationspflicht macht Menschen mit MCS, also mit Multipler Chemikaliensensibilität, eine ganz normale Benutzung dieser öffentlichen Räume unmöglich.

Nicht zuletzt spreche ich von Treppengeländern, zum Beispiel in Schulen, wie in meinem Heimatort Weilheim, die trotz klarer Regelungen durch die Bayerische Bauordnung und die DIN 18040 zu kurz sind, sodass ich persönlich schon schmerzhaft zu

Fall gekommen bin, wie Sie an meinen Gehstützen in den vergangenen Plenarsitzungen deutlich erkennen konnten.

Meine Damen und Herren, "Bayern barrierefrei 2023" scheint mir mehr als utopisch, aber eine Einbeziehung aller Betroffenen auf Augenhöhe in alle Entscheidungen zu Inklusion und Barrierefreiheit wird die grundlegende Voraussetzung für ein weiteres Gelingen der Umsetzung der Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention sein.

Legen wir den Fokus – das ist mein letzter Satz – nicht auf die Schwächen, sondern auf die Stärken des Menschen, der uns gegenübersteht! Wir haben noch viel zu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner ist der Kollege Andreas Winhart von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zehn Jahre Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen sind durchaus ein Grund, positiv auf das Erreichte zurückzublicken, aber auch zu bilanzieren, an welchen Baustellen wir auf diesem Feld noch zu arbeiten haben.

Über 650 Millionen Menschen leben nach Berechnungen der Vereinten Nationen auf unserem Planeten mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen, die teils angeboren und somit individuelles Schicksal sind, aber teils auch im Laufe des Lebens durch Unfälle oder andere Schicksalsschläge erworben wurden. All diese Menschen benötigen Hilfe, um ihren eigenen Alltag bestmöglich meistern und am gesellschaftlichen Leben partizipieren zu können. Auf das Recht zu einer solchen Partizipation wird nicht nur auf internationaler Ebene in der heute zum Thema der Aktuellen Stunde gemachten UN-Behindertenrechtskonvention hingewiesen, die auch in nationales Recht überführt wurde. Es ist eben auch unsere Pflicht als Christen, vor allen Dingen als christlich geprägte Gesellschaft mit ihren Werten und Normen – im Gegensatz zu manch ande-

ren Weltreligionen –, mit Blick auf die Nächstenliebe zur vollen Partizipation zu kommen.

Wenn Sie bei meinen Worten an den Islam denken, dann ist dies weit gefehlt, meine Damen und Herren. Dieses Mal meine ich den chinesischen Buddhismus. Beispielsweise glauben viele Familien in der Volksrepublik China, die ein behindertes Kind bekommen, noch immer, dass sie dafür bestraft werden, dass sie in ihrem früheren Leben etwas Schlechtes getan haben, und schämen sich für ihr behindertes Kind. Wenn die Eltern noch während der Schwangerschaft erfahren, dass das Kind nicht gesund zur Welt kommen wird, lassen es viele abtreiben. Andere geben es direkt nach der Geburt weg.

Von diesem Gedanken sollten wir uns mit Blick auf die zahlreichen Abtreibungen in Deutschland und Bayern nicht leiten lassen. Nach unserem Weltbild haben alle Menschen mit und ohne Einschränkungen auch schon im Mutterleib das Recht auf Leben. Merken Sie sich das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Ihre Jusos das nächste Mal wieder von Abtreibung bis zum neunten Monat sprechen.

(Beifall bei der AfD)

Wenn wir auf die vergangenen zehn Jahre zurückblicken und dabei die Entwicklung der Rechte von Menschen mit Behinderung betrachten, kann man sagen, dass Deutschland und Bayern bereits seit langem Vorreiter waren. Jedoch müssen wir feststellen, dass sich dieses Themas nur einige wenige aus persönlicher oder parteilicher Sicht oder zur Profilierung angenommen haben.

Menschen mit Behinderungen sind so vielfältig und unterschiedlich, dass sie auch individuelle Förderung benötigen. Der Weg der Inklusion, der von der Mehrheit dieses Hauses völlig falsch verstanden wurde, trifft Menschen mit Behinderungen aller Art und wirft sie in einen Topf. Das wird dann auch noch als Heldentat verkauft.

Ich stimme der Auffassung zu, meine Damen und Herren, dass Menschen mit körperlichen Behinderungen bei baulichen Anpassungen beispielsweise am Schulunterricht, am Schulalltag und auch am gesellschaftlichen Leben voll teilnehmen können. Ja, hier werden sogar Werte wie Kameradschaft, Hilfsbereitschaft und Gruppendynamik gefördert.

Bei Menschen mit geistigen Behinderungen haben wir allerdings eine andere Situation. Hier bedarf es nachweislich, wie uns die Wissenschaft sagt, mehr individueller Förderung, um die mit Sicherheit vorhandenen Talente dieser Menschen trotz der Behinderung individuell herausarbeiten zu können und ihnen hiermit im Alltag und im Berufsleben eine bessere Chance zu geben.

Dass dies mit der Inklusionspolitik der Altparteien, vor allem der regierenden Parteien in Berlin, nicht wirklich funktioniert, sehen wir beispielsweise an den Protesten der Behindertenverbände bezüglich des Bundesteilhabegesetzes von 2016. Erinnern Sie sich an Facebook-Diskussionen oder an die Hashtags in Twitter, wie beispielsweise "#nichtmeinGesetz" oder "#TeilhabeStattAusgrenzung"? – Diese zeugten damals von einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Teilhabegesetz, welches Sie, CSU und SPD, in Berlin verabschiedet haben.

Ein Beispiel: Durch das neue Bundesteilhabegesetz wird ab dem Jahr 2020 das Mittagessen nicht mehr Teil der Eingliederungshilfe sein. Mit der Neuregelung wird ein Anteil des Mittagessens in Höhe von 3,10 Euro der Grundsicherung zugeordnet. Das sind 1 Euro als Eigenanteil des Leistungsberechtigten für die Ersparnis an Lebensmitteln aus dem Regelbedarf und 2,10 Euro als Anteil an den Mehrkosten für die Zubereitung des Essens in der Küche. Da Menschen mit Behinderungen ohnehin schon erschwerten Bedingungen ausgesetzt sind und es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt, wenn sie in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen oder in einer Tagesstätte arbeiten und deswegen auch sehr wenig verdienen, sollte keine zusätzliche Belastung über die Kostenbeteiligung am Mittagessen entstehen.

(Beifall bei der AfD)

Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts in Kassel hat das gemeinsame Essen in Werkstätten auch einen gesellschaftlichen Mehrwert für die Persönlichkeitsentwicklung und die Integration. Auch der gesundheitliche Aspekt darf nicht außer Acht gelassen werden.

Menschen, egal mit welcher Einschränkung, sollen am gesellschaftlichen Leben voll und ganz teilhaben, aber niemals zum Spielball der Sozialindustrie werden. Die Interessen der Menschen mit Behinderungen müssen im Mittelpunkt stehen, nicht die Interessen der Wohlfahrtsverbände.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Rednerin ist Kollegin Sandt von der FDP.

**Julika Sandt (FDP):** (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die UN-Behindertenrechtskonvention stellt die Pflicht der Staaten heraus, bestehende Menschenrechte vollumfänglich umzusetzen. Dazu gehören Selbstbestimmung, Diskriminierungsfreiheit und Teilhabe. Es geht um ein neu akzentuiertes Verständnis von Behinderung. Nicht die Beeinträchtigungen der einzelnen Menschen gelten als Behinderung, sondern die Barrieren, die nach wie vor vorhanden sind und die sie täglich überwinden müssen. Barrierefreiheit ist die Voraussetzung für Teilhabe. Ein Beispiel: Nicht der Gehörlose ist die Barriere, sondern nach dem neuen Verständnis besteht die Barriere darin, dass er keinen Gebärdendolmetscher hat, der ihn unterstützt.

Die UN-Behindertenrechtskonvention betrifft fast alle Lebensbereiche – Wohnen, Arbeit, Verkehr und Gesundheit. Wir haben eben von den Problemen in den Arztpraxen gehört. Dies ist ein ganz wichtiger Aspekt. Aber auch bei der Freizeitgestaltung werden Menschen mit Behinderungen oft ausgeschlossen, weil sie bestimmte Barrieren, die nach wie vor im Raum stehen, nicht überwinden können.



Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde am 24. Februar 2009 ratifiziert und trat am 26. März 2009 in Kraft, also vor zehn Jahren. 2011 hat dieser Landtag etwas Bahnbrechendes gemacht: In einem fraktionsübergreifenden Arbeitskreis zur Inklusion an Schulen wurde ein fraktionsübergreifender Gesetzentwurf geschaffen, der die verschiedenen Bedürfnisse der Individuen berücksichtigt. Ich habe Briefe von Eltern erhalten, die geklagt haben: Mein Kind muss jetzt auf die Förderschule; an der Regelschule hat es schon bis 100 gerechnet, jetzt rechnet es nur noch bis 20. Andere Eltern wiederum haben mich angeschrieben und gebeten: Lasst meinem Kind den Schutzraum der Förderschule. Wir wollen eine Vielfalt, ein vielfältiges Angebot für die sehr unterschiedlichen individuellen Bedürfnisse mit Außenklassen und Partnerklassen. Unser Anliegen war aber vor allen Dingen, Profilschulen Inklusion zu schaffen. Ich verstehe nicht, dass es bis heute in ganz Bayern nur vier Gymnasien mit dem Profil Inklusion gibt. Profilschulen Inklusion gibt es hauptsächlich an Grundschulen und an Mittelschulen, aber sehr selten an Realschulen und Gymnasien. Meines Erachtens ist das nicht nachzuvollziehen.

Wir haben damals ein schulartenspezifisches Förderkonzept mit Angeboten für spezifische Förderbedarfe für Lehrkräfte aller Schularten verlangt. Dies muss stetig weiterentwickelt werden. Wir brauchen eine Bestandsaufnahme. Wir haben die Intensivierung des Themas Inklusion in der Lehrerbildung beschlossen. Auch hier brauchen wir eine Bestandsaufnahme. Wie läuft das vor Ort ab? Wir müssen verbindliche Standards, die wir damals für inklusiven Unterricht festgelegt haben, in allen Schulformen einhalten. Auch hierzu würde ich eine Bestandsaufnahme erwarten.

Ich finde es sehr positiv, dass die SPD eine Anhörung beantragt. Meiner Meinung nach ist das Thema Inklusion im Bildungsbereich weiterhin daraufhin zu überprüfen, wie es umgesetzt wird; denn Bildung ist einfach der Schlüssel zur Chancengerechtigkeit.

Es geht aber auch um alle anderen Lebensbereiche. Ich finde es ganz wichtig, dass wir das individuelle Budget haben und dieses stärken. Die weitere Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes werden wir entsprechend im Blick haben.

Vor allen Dingen geht es um den Bereich Verkehr. Horst Seehofer hat 2013 angekündigt: Wir werden Bayern im gesamten öffentlichen Raum und im gesamten öffentlichen Nahverkehr komplett barrierefrei gestalten. In der Politik macht man ja meist nicht einen Dauerlauf, an dessen Schluss man noch sprintet, sondern jemand kündigt großmäulig etwas an, sprintet ein wenig los, dann geht es aber nicht schnell weiter. Wir sollten mittlerweile die Hälfte der Strecke überwunden haben. Dies scheint mir aber nicht der Fall zu sein.

Apropos Strecke: Das Beispiel Hallbergmoos zeigt, dass man sich fragen muss, was barrierefrei ist: Die S-Bahn-Station Hallbergmoos wird offiziell als barrierefrei gezählt. Die barrierefreie Querung der Gleise ist aber nur über die Straßenbrücke der B 388 möglich. Dieser barrierefreie Weg ist 630 Meter lang. Das Thema Barrierefreiheit und die Frage, was es denn heißt, dass Bayern komplett barrierefrei werden muss, muss man also nochmals genauer unter die Lupe nehmen. Barrierefreiheit ist meines Erachtens in dem Fall Makulatur.

In Bayern sind 10 % der Bevölkerung auf Barrierefreiheit angewiesen. Je nach Grad der Behinderung haben die Menschen sehr unterschiedliche Bedürfnisse. Aber es gibt in ganz Bayern insgesamt nur 25 öffentliche Toiletten für mehrfach behinderte oder schwerbehinderte Menschen.

Viele Freizeitaktivitäten scheitern an den genannten Gegebenheiten. Hier ist also für die Staatsregierung wirklich noch viel zu tun. Wir sollten sie auf der weiteren Strecke anfeuern, was das Zeug hält. Ich unterstütze jede Anhörung hierzu und kann nur sagen: Wir müssen diesen Weg kraftvoll weitergehen, damit Bayern wirklich schnell barrierefrei wird.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Norbert Dünkel von der CSU-Fraktion das Wort.

**Norbert Dünkel (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Inklusion ist ein breites Feld. Wir sind heute dabei, alle Facetten zu beleuchten. Ich werde mich in meinem Beitrag stärker auf die inklusive Bildung in Bayern beziehen. Gleichwohl ist es mir aber nach den Vorrednern, die sich in einigen Beiträgen auch auf die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten a. D. bezogen haben, wichtig, darauf hinzuweisen, dass Ministerpräsident Seehofer damals Barrierefreiheit für die staatlichen Einrichtungen in Bayern proklamiert hat. Das wird immer ein bisschen unterschlagen; denn dabei lässt man unter den Tisch fallen, dass Bayern da Großes geleistet hat. Insofern sollte heute in dieser Aktuellen Stunde aus diesem Hause ein Appell an die Kolleginnen und Kollegen ganz besonders in den Kommunalparlamenten, aber natürlich auch an viele Unternehmerinnen und Unternehmer ergehen, da wir hier in allen Bereichen unseres Landes erhebliche Anstrengungen zu unternehmen haben.

Bei der Bildung ist es mir wichtig, ein Datum zu nennen, nämlich den 22. April 2010. An diesem Tag ist etwas passiert, was nicht immer geschieht, nämlich dass bei einem Thema, das unterschiedlich interpretiert wird – und dazu gehört die Inklusion in jedem Fall –, alle Fraktionen des Bayerischen Landtags einen gemeinsamen Antrag entwickelt, formuliert und am Ende einstimmig verabschiedet haben, und zwar den Antrag aller Landtagsfraktionen zur "Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im bayerischen Schulwesen".

In diesem wichtigen Beschluss hat der Landtag Inklusion als bedeutsames Ziel bayerischer Bildungspolitik festgelegt und als Aufgabe aller Schularten und Bildungsbereiche definiert. Ich sage das ganz bewusst, weil hier auch die weiterführenden Schulen einige Male ins Gespräch gebracht worden sind. Sie wissen auch von meinen Aussagen – dazu stehe ich, dazu stehen auch die CSU-Landtagsfraktion und die Staatsregierung –, dass wir nach dem elementaren Grundstock für Inklusion in Bayern in den

Grund- und Mittelschulen in dieser Legislaturperiode das Thema weiterführende Schulen nicht nur mit einem Schwerpunkt versehen wollen, sondern auch umsetzen werden. Daran wird man uns messen können. Denn es geht darum: Was haben wir alles erreicht? – Wir haben sonderpädagogische Förderkompetenzen mit Fachstunden aus den Förderschulen in die Eingangsstufen der Grundschulen integriert. Wir haben eine Weiterentwicklung der Außenklassen im Sinne inklusiver Bildung an Grund- und Mittelschulen sowie die Öffnung der Förderschulen für Inklusion. Auch das ist mir wichtig, das ist bundesweit einmalig.

Aber eines müssen wir alle miteinander wissen: Bei der Inklusion geht es um Menschen. Es geht nicht um Politik, sondern es geht um Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf, mit Entwicklungsbedarf und mit Begleitungsbedarf. Dafür brauche ich eine fachliche Qualifikation. Sie wissen alle, wie lange es dauert, einen Lehrstuhl zu errichten und letztlich ein Studium zu installieren. Deshalb bin ich sehr, sehr dankbar, dass es uns vor zwei Jahren mit großer Unterstützung des Ministerpräsidenten gelungen ist, die Lehrstühle der LMU in München und der Universität in Würzburg zu verstärken sowie – ganz neu – einen völlig neuen Studiengang Sonderpädagogik an der Universität Regensburg mit 13,5 Stellen auf den Weg zu bringen. Augenblicklich wird dieser Studiengang konstituiert. Die Ausschreibungsverfahren laufen. Das Personal steht vor der Anstellung. Nächstes Jahr werden wir starten.

(Beifall bei der CSU)

Das ist etwas ganz Besonderes, weil wir diese Fachlichkeit auch mit Stellen hinterlegen und seit acht Jahren jedes Jahr 100 Stellen für die Inklusion vorsehen, in Bayern für x gegen unendlich festgeschrieben für die Zukunft. Wir haben gesagt: In den Förderschulen laufen uns auch 100 Stellen davon. Dazu kommen jetzt nochmals 100 Stellen für multiprofessionelle Teams. Das sind ab 2019/2020 und in den folgenden Jahren jedes Jahr 300 Stellen.

(Beifall bei der CSU)

Darauf können wir alle miteinander stolz sein. – Frau Präsidentin, ich sehe die Zeit.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Genau.

**Norbert Dünkel (CSU):** Ich komme zum Ende. Es folgen noch weitere Redner. – Lassen Sie uns in dieser interfraktionellen Kooperation für Menschen, die unsere Hilfe brauchen, zusammenstehen. Die CSU steht dazu.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner ist Kollege Becher vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Inklusion ist ein Menschenrecht. Eine inklusive Gesellschaft entspricht den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, der UN-Behindertenrechtskonvention und der Anforderungen der verschiedenen Menschenrechtskonventionen. Es gab die Ankündigung: "Bayern barrierefrei 2023". – Herr Kollege, meines Wissens bezog sie sich nicht nur auf öffentliche Gebäude, sondern auf den gesamten öffentlichen Raum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Probleme sind bereits vielfach aufgeführt worden. Ich halte es für absolut dringend notwendig, dass auch unsere Bahnhöfe barrierefrei sind. Aber die Hauptaufgabe der Inklusion liegt am Ende wieder vor Ort bei den Kommunen. Inklusion führt für unsere Kommunen in zweierlei Hinsicht zu großen Herausforderungen: Zum einen geht es darum, die Maßnahmen finanziell zu stemmen, zum anderen geht es ums Fachliche. Wir müssen alle verschiedenen Aspekte und verschiedenen Formen der Beeinträchtigung in die Überlegungen einbeziehen, um am Ende für alle Lösungen zu finden. Hierfür brauchen unsere Kommunen eine finanzielle und fachliche Unterstützung.

Ganz wesentlich sind natürlich die Behindertenbeauftragten in den Landkreisen und Gemeinden vor Ort. Ganz wesentlich sind natürlich aber auch – deswegen möchte ich sie explizit erwähnen – unsere Experten für Inklusion in der kommunalen Familie, die Bezirke. Als ehemaliger Bezirksrat muss ich auch sagen: In Bayern führen die Bezirke völlig zu Unrecht ein mediales Schattendasein. Sie machen eine ganz wichtige und wertvolle Arbeit und hätten es verdient, mehr im Licht der Öffentlichkeit zu stehen und bei Wahlen nicht immer hinter der Landtagswahl herunterzufallen; denn sie sind für die Menschen da und engagieren sich extrem gegen die Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Insofern möchte ich auch für die Arbeit der Bezirke eine Lanze brechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Ich bin nicht behindert; ich werde behindert." – In diesem wunderbaren Satz steckt ganz viel drin, nämlich dass die Menschen bessere Rahmenbedingungen brauchen, kein Mitleid. Es ist notwendig, dass wir in der Gesellschaft die Barrieren abbauen. Dabei geht es um mehr als ein paar Rampen. Da geht es um Teilhabe in allen Bereichen des Lebens: Da geht es um die Bildung. Da geht es um die Arbeitswelt. Da geht es um das Wohnen. Da geht es um die Gesundheit, und nicht zuletzt geht es auch um die Mitwirkung in der Demokratie. Deswegen bin ich froh, dass jetzt die pauschalen Wahlrechtsausschlüsse wirklich auf dem Weg der Abschaffung sind. Sie müssten sofort abgeschafft werden. Sie müssten eigentlich schon längst abgeschafft worden sein; denn wir hatten hierzu schon 2017 eine Debatte. Wenn der Landtag ein bisschen früher entschieden hätte, dann hätten diese Menschen schon bei der Landtags- und Bezirkstagswahl wählen können. Das wäre ein wegweisender Schritt gewesen, der damals leider versäumt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht noch einen Aspekt: Im Koalitionsvertrag gibt es den Begriff der Familienkoalition. Ich möchte das Thema Familien ansprechen. Eine Behinderung oder ein Handi-

cap sind eine Herausforderung für die ganze Familie. Das gilt sowohl in finanzieller und zeitlicher Hinsicht als auch mit Blick auf die bürokratischen Hürden; denn man braucht ein Gutachten, gerne auch einmal ein zweites oder ein drittes Gutachten. Einige unserer Vorstellungen zur Inklusion sind in der Praxis schwer umsetzbar. Wenn wir es schaffen, uns wieder mit größeren Schritten in Richtung inklusive Gesellschaft zu entwickeln, werden dadurch die Familien in Bayern entlastet.

Zehn Jahre UN-Konvention sind Anlass dafür, eine Vision für die aktuelle Legislaturperiode zu entwickeln, wie wir in Sachen inklusive Gesellschaft wirklich vorwärtskommen wollen. Das vermisse ich. Ich glaube, dies wäre dringend notwendig. Ich glaube auch, dass dies kein Thema für parteipolitische Spielchen ist, sondern eine fraktionsübergreifende Aufgabe. Dieser Aufgabe sollten wir uns als Landtag stellen.

Abschließend möchte ich noch eines sagen: In meinem Heimatlandkreis Freising gibt es die Lebenshilfe, die seit über 50 Jahren engagiert ist und herausragende Arbeit leistet. Einer hat einmal gesagt, man müsste sie erfinden, wenn wir sie noch nicht hätten. Wir dürfen aber nicht sagen: Die Lebenshilfe ist für die Inklusion alleine zuständig. Wir alle haben in jedem Bereich, in dem wir tätig sind, als Gesellschaft Verantwortung für die Inklusion. Alle Wohlfahrtsverbände und natürlich auch die Lebenshilfe unterstützen uns dabei als Experten. Die Verantwortung liegt aber bei allen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Margit Wild von der SPD.

**Margit Wild (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! War es ein erfolgreiches Jahrzehnt für die Schülerinnen und Schüler, für die Eltern, für die Lehrer? – Ich habe bei keinem der Wortbeiträge eine richtige Begeisterung oder Euphorie gespürt. Von der CSU kam das bewährte "Wir sind schon auf einem guten Weg". Norbert, du als Insider und Kenner hast dich differenzierter ausge-

drückt. Ansonsten habe ich aber herausgehört: Das ist ein Ziel; wir haben es aber noch nicht erreicht. Wir können diese Akte noch lange nicht schließen.

Es wurde schon erwähnt: Wir haben es fraktionsübergreifend geschafft, den Artikel 2 um die Inklusion zu ergänzen. Die Inklusion ist die Aufgabe aller Schulen. Sind wir diesem Ziel gerecht geworden? – Ich sehe mir die Zahlen an und sage Nein. Haben wir die Strukturen und Verhältnisse an unseren Schulen so verändert, dass wir kein Kind exkludieren müssen? Haben wir unsere Lehrkräfte so fit gemacht, dass sie für den Umgang mit diesen Kindern stark sind? – Ich sage Nein.

Sehen wir uns die Zahlen an; denn diese sind sehr interessant: In Bayern gibt es 1,7 Millionen Schüler. Davon hatten im Jahr 2018 circa 76.000 einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Von diesen Schülern werden immer noch 52.000 an Förderzentren unterrichtet, das sind 67,7 %.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Diese Kinder werden dort sehr gut unterrichtet!)

Nur 24.700 dieser Kinder befinden sich an den Regelschulen. Frau Kollegin Schorer-Dremel, ich habe nur die Zahlen genannt. Ein ernst zu nehmender Aufwuchs sieht anders aus. Wir haben vielfältige Modelle eingeführt, da immer ein Konsens hergestellt werden musste. So haben wir zum Beispiel 52 Förderschulen mit dem Profil Inklusion und 20 Tandemklassen eingerichtet. Eines ist in diesem Zusammenhang interessant: Wären wir tatsächlich so gut, dann hätte die Zahl der Inklusionen steigen müssen. Das Gegenteil ist der Fall. In Bayern wird mehr exkludiert; hier haben wir einen Zuwachs von 0,6 %. Meines Erachtens sieht eine positive Entwicklung ganz anders aus.

Eines möchte ich aber nicht verhehlen: Ich war ein Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe. Wir hatten Konsens, allerdings sind auch viele Punkte und Themen liegen geblieben, die wir nicht bearbeiten konnten. Ich möchte feststellen: Ich würdige Erfolge. Wir haben Erfolge erzielt. Wir sind aber noch lange nicht am Ziel. Wir sind immer zur Zusammenarbeit bereit, aber dabei muss auch etwas herauskommen!



(Beifall bei der SPD)

Von meinen Kolleginnen und Kollegen hat an diesem Pult keiner über das tolle Engagement der Lehrkräfte gesprochen, die sich reingehängt und Fortbildungen gemacht haben. Zum Teil sind sie an ihre Belastungsgrenze gegangen, weil die Verhältnisse und Strukturen zum Teil nicht so sind, dass Schülerinnen und Schüler gut inkludiert werden können. Die Eltern haben sich uns häufig mit Vehemenz und Zähigkeit entgegengestellt, weil immer noch viele Barrieren auf dem Weg liegen. Ich nenne nur die inklusive Schullaufbahn. Das kann doch nicht sein. Eltern, deren Kind in einer Tandemklasse an der Grundschule ist, müssen warten, warten und warten. Sie wissen nicht, wie es mit ihrem Kind in der 5. Klasse weitergeht. Inklusive Schullaufbahn: Fehl-anzeige.

Die nächste Barriere betrifft die Rolle der Schulbegleitung. Wir von der SPD haben immer gesagt, dass die Schulbegleiter pädagogische Arbeit leisten. Wer in einer Schulklasse sitzt, muss pädagogisch reagieren. Wir sollten uns also auf den Weg machen, das Berufsbild eines Pädagogischen Assistenten zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Heterogenität und die Herausforderungen an unseren Schulen sind so groß geworden, dass wir unsere Lehrkräfte damit nicht alleinlassen können. Wir brauchen Fachdienste an den Schulen. Wir haben damit bereits begonnen, sind aber noch lange nicht am Ziel. Wir brauchen an den Schulen zum Wohle unserer Kinder und zur Unterstützung für unsere engagierten Lehrkräfte Multiprofessionalität. Hier stehen wir noch am Anfang.

Der nächste Punkt, der mir wichtig ist, betrifft die Beurteilung durch Noten. Ein Schüler mit einer Behinderung, der sich wahnsinnig anstrengt und große Fortschritte erzielt, muss durch eine lernzieldifferente Leistungsbeurteilung belohnt werden. Der Maßstab für diesen Schüler darf doch nicht sein, welche Leistungen die übrige Klasse erzielt. Von diesem Ziel sind wir ebenfalls noch ganz weit entfernt.

Mein Fazit lautet: Die Inklusion ist eine große Herausforderung. Dafür werden finanzielle und personelle Ressourcen benötigt. Hier stimmt es auch nicht immer. Meine Kollegin Ruth Waldmann hat bereits gesagt, dass dieses Thema weiterhin auf der politischen Agenda bleiben muss. Bislang habe ich dazu vom Herrn Ministerpräsidenten nichts gehört. Von einem inklusiven Bildungssystem, das unser Ziel ist, sind wir noch sehr weit entfernt. Die Zahl der Exklusionen steigt weiterhin. Mein Optimismus hält sich in Grenzen. Für mich besteht nach diesen zehn Jahren kein großer Anlass zur Freude und zum Jubeln.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als abschließendem Redner in der Debatte erteile ich Herrn Kollegen Thomas Huber das Wort.

**Thomas Huber (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es gut, dass wir heute anlässlich von zehn Jahren UN-Behindertenrechtskonvention in dieser Aktuellen Stunde das Thema Inklusion behandeln. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen, die dieses Thema benannt haben.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich finde es aber schade, dass Sie zum zehnten Jahrestag dieses wichtigen Ereignisses die positiven Errungenschaften weitestgehend ausgeblendet haben. Frau Wild, Sie haben zum Schluss Gott sei Dank noch die Kurve gekriegt. Ich danke meinen Kollegen Dünkel und Jäckel, die diese Erfolge benannt haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, viele von Ihnen, die heute gesprochen haben, wollen nicht anerkennen, was in zehn Jahren erreicht werden konnte. Ein Kollege hat das, was getan wurde, sogar schlechtgeredet. Lieber Kollege Winhart von der AfD, wenn es hier im Raum jemanden gibt, der Inklusion falsch versteht, dann sind Sie das von der AfD.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Herr Winhart, Menschen mit Behinderungen sind nicht krank! Sie haben eine körperliche, eine psychische oder eine seelische Einschränkung, sind aber nicht krank; wir werfen eben nicht alle in einen Topf.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

– Herr Winhart, ein Tipp an Sie und Ihre Kollegen von der AfD:

(Andreas Winhart (AfD): Sie können gar nicht mitreden!)

Solange Sie in Ihren Reihen Kolleginnen und Kollegen haben, die Kinder mit dem Down-Syndrom für ansteckend halten, sollten Sie sich zu diesem Thema nicht mehr äußern.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich erinnere an die Debatte im Saarländischen Landtag im April 2018. Lesen Sie nach.

(Zurufe von der AfD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich komme wieder zurück – –

(Dr. Ralph Müller (AfD): Sie haben keine Ahnung, wovon Sie reden! – Weitere Zurufe der Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD) und Andreas Winhart (AfD))

– Seien Sie bitte schön stad, dann lernen Sie etwas.

(Heiterkeit bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Dr. Ralph Müller (AfD): Definieren Sie mir mal Down-Syndrom!)

Wir wollen Inklusion in allen Lebensbereichen verwirklichen, egal, ob in der Arbeit, beim Wohnen, in der Freizeit, in der Familie oder natürlich in der Schule.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Kann man doch gar nicht!)

Wir wollen die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung jeden Alters weiter verbessern. Nach unserer Ansicht sollen Menschen mit Behinderung möglichst selbstbestimmt, selbstständig und unabhängig leben können. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich diesem Thema zu widmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ziel Barrierefreiheit ist Gott sei Dank von Horst Seehofer in einer Regierungserklärung unter dem Titel "Bayern barrierefrei 2023 – im gesamten öffentlichen Raum" beschrieben worden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle gefordert, nicht nur der Staat. Es sind auch die Kommunen gefordert, die Arztpraxen im Privatbereich, die Sie genannt haben, die Deutsche Bahn und der gesamte Privatbereich.

Meine Damen und Herren, wir müssen Barrieren in den Köpfen abbauen, nicht nur die physischen Barrieren, von denen wir hier reden. Es ist eine Binsenweisheit: Je früher Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam spielen und lernen, desto selbstverständlicher ist Inklusion.

Deshalb noch einmal an den Kollegen von der AfD: Wir unterscheiden hier schon. Wir haben Angebote für alle in unserer Gesellschaft, in der Regelschule und in den Förderschulen, so wie es Kollege Dünkel gesagt hat. Ich finde es daher richtig und wichtig, dass es zum Beispiel in der BayKiBiG-Förderung den erhöhten Förderbedarf gibt, um Inklusion schon in den Kindertageseinrichtungen zu unterstützen.

(Zuruf von der AfD)

Wir als Politiker können ebenfalls viel für die Bewusstseinsbildung tun, die erforderlich ist, um dieses große Ziel zu erreichen. Lassen Sie uns daher für Inklusion werben und weiter daran arbeiten, dass Inklusion auch im Alltag für alle lebbar ist.

Ich will hier unseren CSU-Antrag noch einmal aufgreifen. Dazu gehört, das Wahlrecht so zu reformieren, dass sich auch Menschen mit Behinderung möglichst weitgehend an Wahlen beteiligen und mit ihrer Stimme mitentscheiden können.

Herr Kollege Becher, wir brauchen dafür eine gute Regelung für ganz Deutschland. Ich freue mich, dass der Bund bei diesem Thema aufs Gas drücken wird und bereits zum 1. Juli – so die Absicht der Großen Koalition – das Wahlrecht ändert. In der Folge wird es dann auch in Bayern und für die Kommunalwahlen geändert.

Meine Damen und Herren, Inklusion muss für uns etwas ganz Selbstverständliches werden. Ich habe oft genug beobachtet: Wenn Kinder gemeinsam spielen, wenn Menschen gut zusammenarbeiten, dann treten Sprachbarrieren oder Einschränkungen ganz schnell in den Hintergrund.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch ein schönes Ziel und ein schöner Ausblick. Lassen Sie uns gemeinsam dieses große Ziel verfolgen! Wir gratulieren noch mal zum zehnten Geburtstag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die Aktuelle Stunde ist damit beendet. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, welche wertvolle Arbeit die Bezirksrätinnen und Bezirksräte leisten. Dies gilt auch hinsichtlich der Arbeit mit Menschen mit Behinderung sowie der Inklusion. Ich will hiermit bekannt geben, dass ich schon veranlasst habe, dass dieses Jahr auch die Bezirksrätinnen und Bezirksräte nach Schleißheim eingeladen werden. Das soll ein Zeichen sein.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD sowie Abgeordneten der FDP)